



DIE UNABHÄNGIGEN

(Bürgerinnen und Bürger für Hennef) e.V.

Fraktionsbüro: 53773 Hennef, Frankfurter Straße 97, Rathausurm,
1. OG, Zimmer 1.04, Telefon: 02242/888208, Telefax: 02242/8887208
Im Internet finden Sie uns unter: WWW.Unabhaengige-Hennef.com

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

seit meiner letztjährigen Haushaltsrede ist mir bewusst geworden, dass ich es, so bedauerlich es ist, mit der „political correctness“ nicht immer sonderlich genau nehme. Ich habe nämlich in meiner letztjährigen Rede von Beamten und Witwen usw. gesprochen ohne darauf zu achten hier Geschlechtsneutralität herzustellen. Ich war bisher immer in dem Glauben, dass im Rheinland nicht unbedingt jedes einzelne Wort auf die Goldwaage gelegt wird, jedenfalls nicht solange der tiefere Sinn ohne weiteres erkennbar bleibt. Ich war davon ausgegangen, dass man in Köln allgemein von Jecken spricht und damit natürlich immer beiderlei Geschlechter meint.

Um nun hier weitere Verwirrungen zu vermeiden, möchte ich festhalten, dass ich meist die männliche Sprachform des besseren Lesbarkeit halber benutze; sie schließt selbstverständlich die weibliche Form ein. Nachdem nun auch ein 3. Geschlecht höchststrichterlich festgestellt ist (und es gibt sicherlich noch mehr) betrachten sie bitte auch dieses und alle weiteren Geschlechter als mit eingeschlossen.

Es ist offensichtlich, dass man Schulden nur abbauen kann, wenn entsprechende Überschüsse im Haushalt entstehen. Die gab es letztmalig in 2012, seitdem und auch in diesem Jahr gibt es erhebliche Neuverschuldungen. Die allgemeine Rücklage wird weiter Jahr für Jahr um Millionenbeträge abgeschmolzen, so dass es mich überhaupt nicht wundern würde, wenn das Ende der Rücklage mit dem Ende des HSK zusammenfällt. Wir können dann wieder uneingeschränkt wirtschaften, haben aber leider kein Geld mehr.

Parallel dazu steigt die Verschuldung in Form der Kassenkredite munter weiter und ein Ende ist nicht abzusehen. Glücklicherweise haben wir aber in Frankfurt den Herrn Draghi sitzen, der es mit seiner Zinspolitik ermöglicht, dass sich Kommunen Geld leihen können und die Banken geben noch Geld dazu, damit sie nur keine Negativzinsen zahlen müssen. Schöne neue Welt!

Hier haben die Unabhängigen zugegebenermaßen bisher auch noch nicht den Stein der Weisen gefunden. Klar muss aber sein (und ist es auch!), dass ein "weiter so wie bisher!" die Stadt Hennef und seine Bürger nicht weiterführt. Ich erspare mir hier an dieser Stelle, die dazugehörigen Zahlen zum x-ten Mal herunterzubeten.

Es hilft also nur, die alten, eingefahrenen Gedankenschienen zu verlassen und sich unkonventionellen Lösungen zuzuwenden.

Aufwendungen zur **Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens** sind unter anderem für die Unterhaltung von städtischen Grünflächen sowie die Friedhofspflege gedacht. Unbestritten waren die dafür angesetzten Beträge immer zu

niedrig mit den daraus folgenden Auswirkungen auf den Pflegezustand der Grünflächen und natürlich insbesondere der Friedhöfe. Dass die zur Verfügung stehenden Beträge vorne und hinten nicht ausreichen kann jeder selbst sehen, der ab und an einen Friedhof besucht.

Hier scheint es nun langsam aber sicher zu einem Umdenken zu kommen. Ich entsinne mich, vor Jahr und Tag an der Suche nach einem Platz zur Errichtung eines Friedwaldes teilgenommen zu haben. Meine Bemerkung dazu, dass Hennef im Vergleich zu anderen Kommunen im Kreis zu viele Friedhöfe hat, war wohl zu dieser Zeit noch etwas verfrüht. Dass ich nicht als Ketzer auf dem Scheiterhaufen gelandet bin, war schon fast alles. Mittlerweile haben aber noch mehr Leute gemerkt, dass sich die Beerdigungskultur geändert hat und immer noch weiter ändert. Dies hat m. E. zwei wesentliche Gründe: die persönlichen Möglichkeiten der Grabpflege und hier vor allem die Kosten. Hier hat nun das Umweltamt in Verbindung mit der Friedhofskommission hervorragende Arbeit geleistet und in einem Friedhofsentwicklungsplan die erforderlichen Vorarbeiten gemacht. Dankenswerter Weise hat sich mittlerweile der VVV Hennef in das Thema eingebracht (siehe Ausschuss für Klima- und Umweltschutz vom 20.11.2017 TOP 3.1) und festgestellt, dass letztlich auch die Schließung eines Friedhofes kein Tabu mehr ist. Hier tut sich also etwas und ich meine in die richtige Richtung!

Ein anderes Kapitel, das den Rat immer wieder beschäftigt, ist der soziale Wohnungsbau. Wenngleich es absolut löblich ist, sich damit zu befassen, ist umgekehrt die Art der Befassung damit etwas seltsam. Hier hat die SPD immer wieder die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft beantragt. Das ist ja nun wirklich gut gemeint. Jedes Ratsmitglied weiß aber doch, dass die Stadtentwicklungsgesellschaft gar keine bebaubaren Flächen besitzt, weshalb hier seit Jahr und Tag rote Zahlen im hohen sechsstelligen Bereich geschrieben werden. Und wo bitte soll die städtische Gesellschaft bauen, wenn es keine Grundstücke gibt? Dazu hat bereits im Jahre 2016 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft DHPG festgestellt, dass eine derartige Gründung wirtschaftlich nicht sinnvoll ist und hohe finanzielle Risiken beinhaltet.

Es gibt zudem hier im Kreis die GWG, die sich mit sozialem Wohnungsbau befasst und an der die Stadt Hennef auch finanziell beteiligt ist. Es spricht aus meiner Sicht nichts dagegen, die GWG in Hennef einzuspannen, auch den SPD-MdL im Aufsichtsrat zur Unterstützung anzuregen. Und tatsächlich existieren ja auch schon etliche Bauten hierorts.

Es wäre allerdings noch zu überlegen, ob diese GWG nicht finanziell gestärkt werden müsste, damit sie mehr bauen kann. Immerhin erwirtschaftet sie auch für das abgelaufene Jahr wieder eine Ausschüttung für die Stadt Hennef in Höhe von sage und schreibe 88% auf das eingezahlte Kapital. Bei dem geplanten Haushaltsumfang von 130 Mio. für Hennef bei einer Neuverschuldung von 6,8 Mio. rettet die Ausschüttung der GWG in Höhe von 27.036 € unseren Haushalt auch nicht entscheidend und kann leicht in die GWG reinvestiert werden. Wenn das dann noch alle beteiligten Kommunen so machen, könnte das Eigenkapital der GWG sogar ohne Beteiligung des Kreises jährlich um 0,5 Mio. steigen mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Kreditwürdigkeit und nachfolgend die Bautätigkeit.

Es gibt aber in dem Zusammenhang mit Bauen noch ein anderes aktuelles Thema in Hennef: die Bebauung des Parkhausgrundstückes. Den Verlauf dieser Angelegenheit kann man eigentlich nur als Bubenstück bezeichnen, Bubenstück, um nicht weit schlimmere Ausdrücke wählen zu müssen.

Zur Erinnerung:

Im Februar 2010 wurde das heute längst abgerissene Parkhaus begutachtet und erhebliche Mängel festgestellt. Ich zitiere aus dem damaligen Gutachten Kapitel 11 letzter Satz: „Es besteht **dringender** Handlungsbedarf um weitergehende, die Standsicherheit des Gebäudes gefährdende Schäden zu vermeiden.“

Bemerkenswerter Weise verschwand dann dieses Gutachten für drei Jahre in den Schubladen des Rathauses. Im Mai 2014 wurde dann in einer weiteren Untersuchung der wesentliche Fortschritt der Schäden festgestellt. Die Dombaumeisterin in Köln bezeichnet solche Vorgänge als „administrativen Vandalismus“. Im April 2015 wurde dann das vollständig marode Parkhaus abgerissen und zu einem ebenerdigen Parkplatz umgebaut, auf einen Schlag waren 200 Parkplätze verschwunden.

Im Februar 2017 wurde dann dem Wirtschaftsausschuss der Verkauf dieses Grundstückes an einen Investor vorgeschlagen. Der Ausschuss stimmte dem Verkauf zu unter der Bedingung der Festschreibung der geplanten 22 Wohneinheiten im geförderten Wohnungsbau. In Hennef geschehen Zeichen und Wunder!

Im November 2017 taucht dann die erste Planung im zuständigen Ausschuss auf. In der vorgelegten Planung war aber plötzlich nicht mehr, wie im B-Plan vorgesehen, von zwei Voll- plus einem Staffelgeschoß die Rede, sondern von vier Voll- plus Staffelgeschoß. Auf den ersten Blick ein Grund zu großer Freude, denn in vier Etagen bekommt man wesentlich mehr Wohnungen untergebracht. Man kann sich die Enttäuschung vorstellen, als herauskam, dass statt der ursprünglich fest vereinbarten 22 nur noch 14 geförderte Wohnungen übrig waren. Als Ausrede wurde der Denkmalschutz und das Interesse der Polizei vorgegeben. Der eine oder andere im Ausschuss hat auch an das Wort „Erpressungsversuch“ gedacht. Was hätte eigentlich dagegen gesprochen auf den versprochenen 22 Wohneinheiten zu bestehen und stattdessen den frei finanzierten Teil zurückzudrängen? Nichts, ich meine der Investor wäre auch dann noch auf seine Kosten gekommen. Insbesondere auch deshalb, weil das Grundstück zu einem lächerlich niedrigen Preis verkauft worden ist. Zwei Etagen mehr heißt immer auch, dass das Grundstück zwei Etagen teurer wird. Bedauerlicher Weise war es ausgerechnet die SPD, die so sehr den geförderten Wohnungsbau haben will, die hier versagt hat. Liebe SPD, wenn das ganze noch irgendwie aufgehalten werden kann, dann seid ihr jetzt am Zuge!

In der HuFA-Sitzung am 10.10. gab es Besuch einer 8ten Klasse des Gymnasiums, die sich durch eine Unterschriftensammlung für die Nutzung von Ökostrom aus Gründen des Klimaschutzes stark gemacht hatten, darüber hinaus auch noch einen Sack voll Cent-Stücken mitbrachten. Dafür den Schülern alle Achtung! Und tatsächlich werden ja die in diesem Projekt definierten Aufgaben alsbald umgesetzt. Statt es nun bei Lob und Dank zu belassen, begann ein kindischer Streit um die Urheberschaft des Klimaschutzes. Nahm die CDU das Jahr 2013 für sich in Anspruch, übertrumpfte die SPD mit 2011. Selbstverständlich haben sich auch die

Grünen vehement zu Wort gemeldet und wollte es noch früher beantragt haben. In solche Kindereien mischen wir Unabhängige uns nicht ein, müssen wir ja auch gar nicht, da wir unbestritten bereits vor der Erfindung der Parteien das Rad erfunden haben.

Seltsam: wenn irgendetwas schief geht, schlägt sich alles in die Büsche, wenn aber etwas gelungen ist, nimmt jeder die Urheberschaft für sich in Anspruch. Dabei sollte es doch einzig und allein um die Sache gehen. In meiner Erinnerung ist da verblieben, dass der Rat hier vollständig einig war. Das und nur das ist wichtig!

Die Hennefer SPD hat ja nun wieder einmal das Sommerloch entdeckt und versucht, es mit einem alten Hut, nämlich dem "City Ring" zu füllen (Nachzulesen in "Unser Hennef aktuell" aus Juli 2017). Diese Forderung wird aber nicht besser, wenn man sie litaneiartig immer und immer wieder erneut zum Besten gibt. Ich zitiere: " Auch Fußgänger und Radfahrer würden von einem solchen City-Ring deutlich profitieren". Da fragt man sich doch, woher die SPD dieses Wissen hat. Der ADFC (die ausgewiesene Vertretung der Radfahrer in Deutschland) schreibt jedenfalls in seiner Hauspostille "Rückenwind" (Ausgabe 3/2017) auf Seite 56 unter dem Thema "Verkehrspolitik" das genaue Gegenteil! Ich zitiere auch hier: " .. hat der ADFC eine Position: Dazu gehören Auflösung des City-Rings, die Nutzung von Shared-Space". Der ADFC will also offensichtlich für Bonn genau den Zustand erreichen, den Hennef seit Jahr und Tag schon hat!!

Vielleicht sollte sich die SPD hier mal beim ADFC erkundigen!

Lassen Sie mich zum Schluss besonders allen in Hennef im Sinne des Gemeinwohles tätigen Vereinen, der weitgehend ehrenamtlichen Feuerwehr, den Hilfsorganisationen, den Kirchengemeinden und den Einzelpersonen, die durch ihre Tätigkeiten und oft selbstlosen Einsatz entscheidend zur Lebensqualität in Hennef beitragen, Dank sagen. Ohne ihren Einsatz wären viele Aufgaben nicht zu bewältigen, auf deren Erfüllung die Stadt nicht verzichten kann. Die Unabhängigen werden dies wie in der Vergangenheit weiter aktiv fördern und unterstützen.

Ich danke aber auch und nicht zuletzt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit.